

# ROTE ARBEITERBLATT

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle, Bezirk Merseburg

Das Blatt hat: 1. einen herausragenden Charakter, 2. einen hervorragenden Inhalt, 3. einen hervorragenden Stil, 4. einen hervorragenden Preis, 5. einen hervorragenden Vertrieb.

Wesenspreis monatlich 1.80 und 2.00 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2.10 RM. für Halbjahr wöchentlich 0.45 RM. Vorzugspreis 2.10 RM. durch Rohstoffe ausgesetzt 2.50 RM. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2.40 RM. - Einzelpreis 13 Pf. im Ausland: 1.80 RM. im Restgebiet der Weimarer Republik 1.50 RM. - Hauptvertriebsstelle: Hr. Wäckerle & Bernau 24005, 24007, 24008. Postfachkonto 2010 Gurtur.

# Neuer machtvoller Massenaufmarsch der Eisernen Front im Lustgarten Rotes Berlin ruft zum 5. März!

## Otto Wels eröffnet den Entscheidungskampf: Freiheit gegen Knechtschaft! „Die Sozialdemokratie hat im Jahre 1918 Deutschland vor dem Schwersten bewahrt“

### Jungdo gegen Braunnord!

#### Abwehr „nationaler“ Pressehege

Die Bluthede, die seit Jahr und Tag von nationalsozialistischer Seite getrieben wird, veranlaßt neuerdings auch Organe zur Abwehr, die bisher nicht gegen die Nazis kämpften. So lesen wir in dem Berliner Organ des Jungdoischen Ordens:

„Die Regierunspresse entfaltet eine majestätische Hege gegen alle die Volksteile, die nicht bedingungslos hinter der Regierung hinter Papen-Hugenberg stehen. Ein besonders übles Kapitel in dieser Hege ist die Stellungnahme der Regierunspresse zu den politischen Mordtaten der letzten Wochen. Die bedenkenlose Ausnützung jedes Opfers der Straßenschlächten zu Reklamazwecken hat Formen angenommen, die nur als völlig unendlich bezeichnet werden können. Die Hebertragung des Staatsbegriffes für den SA-Sturmführer Meisowitz und den Polizeiwachmeister Jaurich durch Rundfunk hat weiten Volksteilen einen Einblick in diese Art politischer Propaganda gegeben. Die rücksichtslos der Tod hier in den Diensten der Parteireklame gestellt ist, geht auch daraus hervor, daß die Aufklärung des rassistischen Polizeiwachmeisters Jaurich im Berliner (sozialistischen) Dom gegen den Willen seiner Angehörigen und gegen den Protest des bürgerlichen Ordinariums vorgenommen wurde.“

Die Regierunspresse stellt in verlogener Weise jeden politischen Zusammenstoß als „Meberfall“ von Kommunisten oder Reichsbannerleuten hin. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß seit dem 22. Januar in politischen Auseinandersetzungen nicht weniger als 23 Angehörige der Einparteiigen getötet worden sind. In welcher Weise die Regierunspresse über diese Mordtaten berichtet, werden an einigen Beispielen festgehalten zu werden. In Dresden wurde bei einer Demonstration der Eisernen Front nach Zusammenstoß mit Nationalsozialisten der dem Reichsbanner angehörende Student Walter Steinfeld erschossen.

Die Hugenbergsche „Nachtausgabe“ bringt die Mitteilung davon unter der Ueberschrift: „Wenn die Eisernen Front demonstriert“. Der silberne Nazi-„Angriff“ schreibt wörtlich: „Nach der Kumbung überließ das Reichsbanner wiederholt Nationalsozialisten. Bei einem Zusammenstoß wurde der Student Walter Steinfeld getötet.“ Kein Wort davon, daß Steinfeld Reichsbannermann und daß seine Mörder Nationalsozialisten waren.

In Stuttgart erschoss ein 17jähriger (!) Communist, Nationalsozialist, den sozialdemokratischen Bürgermeister Kästen. Die Schuld des Täters ist erwiesen. Der Nazi-„Angriff“ schreibt darüber: „Der erste Bürgermeister Kästen aus Stuttgart wurde angeschossen. Er ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Der Tat bringend verdächtig ist der Communist Joachim Mathers, der mit Hilfe des nationalsozialistischen Kreisleiters festgenommen wurde.“ Kein Wort davon, daß Kästen Sozialdemokrat war und daß Mathers Nationalsozialist ist und daß der Kreisleiter der NSDAP, sich erst zur Herbe-

Am Dienstagabend antwortete das rote Berlin auf die Rundfunkrede Hitlers. Hunderttausende waren dem Ruf gefolgt und während die Kolonnen immer noch anmarschierten, die Straßen des Zentrums füllten, war der Lustgarten bereits bis auf den letzten Platz gefüllt. Es war die größte Kundgebung, die Berlin je erlebt hat.

Die Antwort der Hunderttausende auf Hitlers Rundfunkrede erteilte der Führer der deutschen Sozialdemokratie Otto Wels. Er führte aus:

Der politische Word raß durch Städte und Dörfer. Wir Engländer sieht die Welt auf unser Land, das einmal das Land der Dichter und Denker hieß, mit dem verglichen heute die Länder des Baltans als friedliche Kinderhüte erscheinen. Hitler hat in einer Rede, für die das gesamte Reichsbüro sich verantwortlich erklärt hat, wiederum von den Novemberverbrechen

gesprochen. Er sprach ferner von den 14 Jahren, in denen der Marxismus Deutschland zugrunde gerichtet habe.

Aber wie war es damals vor 14 Jahren? Damals war Deutschland ein Scherbenhaufen. Damals standen wir vor der schwersten Aufgabe, die ein Volk seit Menschengebenden zu bewältigen hatte.

Jugenberg und von Papen kennen die Parteien genau, die das Trimmerfeld von 1918 herbeigeführt haben. 150 Milliarden Kriegsschulden und ein Heer von Kriegsgemütern und Kriegsschleibern hat jenes System gezeitigt. Eine marxistische Regierung hat Deutschland vor dem Schwersten bewahrt (Stürmling der Weimarer Republik) bewahrt. Die Soldaten wurden durch geistliche Maßnahmen in wenigen Monaten in ihren alten Arbeitsstätten untergebracht.

Der Wille der Kriegsgegner, Deutschland zu besetzen und zu zerstören,

wurde abgewehrt. Das zerstörte Weimarer Reich, die benutzte Gendarmenarmee, die abgeleitete Weimarer Armee, die jahrelange Blockade, die nach dem Krieg noch weiter bestand, die Erschütterungen der ganzen Volkskraft schienen für den Wiederaufbau schier unüberwindbare Hindernisse. Sie wurden überwunden. Aber das ging nicht mit schwülstigen Redensarten, sondern nur durch übermenschliche Anspannung der Kräfte, durch angelegte Arbeit.

Wierzehn Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert, jagen die Nationalsozialisten und Deutschen national. Aber fünf Jahre nur war die Sozialdemokratie in den Regierungen beteiligt. Das aber, was an wirklicher Aufbaubarbeit geleistet wurde, fällt in die erste Zeit nach dem Kriege, in der allein sozialistischer Einfluß herrschte. Damals haben wir das Dreiklassenwahlrecht beseitigt, wir haben die Gefindeordnung beseitigt und den recht-

# Das ist „national“! / Sozialisten, denkt daran! Nazis beschimpfen Paul Löbe!

## Sie sprengen den Leberwachs-ausschuß, weil es um Wahlfreiheit und Dffhilfe geht

Die Sitzung des Leberwachungs-ausschusses des Reichstags, der sich am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Löbe mit der Sicherung der Wahlfreiheit und der Fortsetzung der Untersuchung über die Tätigkeit beschäftigten, wurde von den Nationalsozialisten nach kurzer Dauer unter heftigen Beschimpfungen und Drohungen abgebrochen.

Im Namen der nationalsozialistischen Mitglieder gab Abg. Frank II eine Erklärung ab, daß die nationalsozialistische Fraktion es ablehnt, an Sitzungen dieses Ausschusses teilzunehmen, solange Löbe Vorsitzender sei. Löbe habe „die ungeheuerliche Frechheit besessen, im Rippischen Wahlkampf gegen nationalsozialistischen Führer Adolf Hitler einen Slogan zu nennen“.

Die nationalsozialistischen Mitglieder des Ausschusses beglückten sich diesen ersten Schlag des Frank II mit ungeheuerlichen Geschrei und Beschimpfungen, wie „Saufert!“, „Judenfleisch“,

„Kump“, „großer Judenknecht“, „Jüdischer Gauner“ usw., so daß aus der Erklärung Franks nur einzelne Worte und Wendungen wie „dieser freche Herr“, „Abkehrung des Vorhanges“, „wir werden die Arbeit verweigern und jede Sitzung des Ausschusses mit Gewalt verhindern“, verständlich wurden. Alles übrige ging in dem Getöse der tobenenden und mit Tätlichkeiten drohenden Nationalsozialisten unter.

Vorsitzender Abg. Löbe (Soz.) versuchte wiederholt, sich Gehör zu verschaffen, doch wurde er jedesmal durch die bedrohenden kühnlichen Zurufe der nationalsozialistischen Ausschussmitglieder daran gehindert. Schließlich erhob er sich von seinem Sitz und unterbrach die Sitzung auf eine halbe Stunde.

### Löbes Erklärung

Zu der Neuerung, die dem Abg. Löbe von den Nationalsozialisten vorgeworfen wurde, gibt Löbe selbst folgende Erklärung:

In einer Verammlung in Bob Soljufen vor der Eröffnung der Verammlung mit Zurufen von Nationalsozialisten bedacht worden und führte deshalb aus: Die Nationalsozialisten nennen mich „Kriegsdienstverweigerer“, „Landesverräter“, „Novemberverbrecher“. Sie haben den Kampf auf das persönliche Gebiet gehoben. Was würden Sie sagen, wenn wir von ihrem Führer unter Hinweis auf seine Herkunft „Adolf der Slowenier“ seine Herkunft?

Der Ausdruck von „blutigen Fingern“ beruht auf freier Erfindung.

### Mittwoch Sitzung

Löbe beschuldigt, die neue Sitzung des Ausschusses am Mittwoch stattfinden zu lassen. Die Vorgänge am Schluß der Sitzung haben keinerlei Bedeutung, da er die Verhandlungen des Ausschusses lediglich unterbrochen hatte. Der hellbetretende Vorsitzende ist gegen Anwesenheiten nur befragt, wenn der Vorsitzende verhindert ist.

schaffung des Täters bereit erklärte, als die Polizei ihn handschloß den kühnlichen nationalsozialistischen Führern angedrückt habe. Die übrige politische Unruhe der letzten Tage ist wohl der planmäßige Überfall von 16 Mann des Sturm 6 der Berliner SA, auf das kommunalistische Lokal „Tappschachtel“ in Berlin-Friedenau. Die Hugenbergsche „Nachtausgabe“ verleiht ihren kurzen Bericht mit der Ueberschrift: „Der Zusammenstoß in Schöneberg“. Der „Angriff“ bringt unter der Ueberschrift: „Die Bußfahnen des Sonntags“, „Im ganzen Reich Protestaktionen der SPD und des Reichsbanners“ wörtlich folgende Meldung: „In der vergangenen Nacht entzündete sich vor der betrüblichen kommunalistischen Anstalt „Tapp-

schachtel“ in Berlin-Friedenau eine Schlägerei, in deren Verlauf die Wirtin, Frau Röber, durch Brandstiftung verletzt wurde. Sie verstarb heute früh vor 3 Uhr morgens im Krankenhaus.“ In Wahrheit handelt es sich um einen planmäßigen Überfall auf das Lokal, in dem sich zur Zeit der Tat nur sechs Gäste befanden, durch 16 SA-Leute. Die SA durchsuchte unter Bedrohung mit Schusswaffen die Anwesenden nach Waffen und zerrückte das gesamte Inventar der Gastwirtschaft. Als die Wirtin, eine 51jährige Witwe, versuchte, in die Räume zu flüchten, gab ein SA-Mann aus nächster Nähe den tödlichen Schuß auf sie ab. Der Truppführer

ließ daraufhin seine Leute draußen antreten und wollte in geschlossener Formation marschieren. Der ganze Trupp wurde aber durch das inzwischen eintreffende Leberwachsamt aufgehalten. Bei einer Durchsuchung der SA-Leute beschlagnahmte die Polizei 10 Diktolen, 2 Anippen, eine Statuette, eine Peilsche, seltene Manille und verschiedene Messer.

Das also ist die Art und Weise, in der die Männer der „Regierung der nationalen Erhebung“ die Volksgemeinschaft herstellen wollen. Und so sieht die Berichterstattung der Presse aus, auf die diese „Regierung der nationalen Erhebung“ sich stützt. Das ist überflüssigste Volksverhetzung!

lofen, staatsfeindlichen Arbeiter dem Staate näher gebracht. Wir haben dem Arbeiter das Recht auf Arbeit garantiert und dem Arbeitlosen die Unterstutzung des Staates gesichert, wir haben den Arbeitenden durch das Tarifrecht den Lohn zu garantieren gelehrt.

Was wir außenpolitisch geleistet haben, wird dadurch nicht geringer, daß Herr von Papen in Lausanne die Rechte unserer Arbeit ersten Ranges. Die Rheinlandfreigabe, die Befreiung der Reparationen ist das Verdienst der von uns eingeleiteten, von Rathenau, Stresemann und Brüning fortgeführten Außenpolitik. Eugenberg weiß das genau, die Deutschnationalen tragen vier Jahre lang mitführend in der Regierung.

Jetzt sitzen die Führer der Nationalsozialisten und Deutschnationalen mit Herrn von Papen, der dreizehn Jahre lang als Zentrumsgabriele in der Reichsregierung am Reichstag mit den marxistischen Parteien zusammen stimmte, in der Regierung. Jetzt liegt die neue Politik in unseren Händen. Wo sind die neuen Parteien? Immer noch nicht hat das Volk die Wandlungsentscheidung fennegelernt, mit denen die Nationalsozialisten im Handumdrehen Not und Elend für alle Bevölkerungsschichten zu befehlen versprochen. Sie ruhen weiter verborgen im Schutze der Braunen Häuler.

Statt dessen ist ein Kampf um die Futtertruppe in vollem Gange. Und schon gibt man dem Volk den Eindruck, daß die Nationalsozialisten sich insgeheim nach anderen Bundespartnern umsehen, wenn es ihnen nicht gelingt, bei den Wahlen im Reichstag die Mehrheit zu erhalten. Inzwischen zeigt eine Notverordnung die andere.

Immer härter schneidet das Notverfügung im Volk, in einem Rechtsstaat zu leben. Wir Stacheln von Verboten, Strafanordnungen um-

gibt uns, wogin wir auch bleiben. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, die Freiheit des Wortes und der Schrift, sind in einer nie dagewesenen Weise eingezogen.

Der 'Vorwärts' und andere sozialdemokratische Blätter sind wegen des Wahlaufrufs der Parteiführungen beschlagnahmt worden. Außerdem der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat sich vor dem Oberreichsanwalt zu seinem Auftritte als verantwortl. bekannt. Wir sehen den Dingen mit Ruhe entgegen. Aber wir erinnern daran, daß es das Reichsgericht war, das es ablehnte, gegen die Verfasser der Borheimer Dokumente als Hochverräter einzuschreiten. Man vergleiche jenes blutige Dokument mit dem Auftritte des Parteivorstandes und man wird denen rechtgeben die sagen: Hochverrat, wie hast du dich verändert!

Die Arbeiterklasse läßt sich durch die Strafanordnungen des Reichsregierers nicht einschüchtern. Sie hat schon in anderen Zeiten den Kampf zu führen gekonnt mit ihren ureigenen Mitteln und wird ihn führen in der Art, wie sie es für richtig hält: Disziplin und Geschlossenheit. Das ist es, was die Eisernen Front in ihrem Kampf für die Freiheit zusammenhält.

Die Eisernen Front weiß, daß man die Menschen durch Furcht nicht überzeugen kann, daß alle Gewalttaten und alle Bedrohungen die Sinne der Menschen nicht erobert, sondern sie abtöten, daß keine Strafe, keine mechanische Leberempfehlung den, der das Volk erobern will, von der Notwendigkeit erlindert, die Mehrheit der Nation durch Belehrung, Propaganda und gefühlvolle Methoden auf dem Boden der Rechtsgleichheit zu gewinnen.

In diesem Sinne geht unser Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse, um die Einheit des erwirtschafteten Volkes. Wir lehnen es

ab, den Hunger und die Not unseres Volkes als Grundlage für Wandel im Reichsgefüge auszugeben, wie mir das bei den Nationalsozialisten jetzt erleben.

Das arbeitende Volk ist seiner alle gleich berechtigenden Not ist innerlich eine Einheitsfront, denn die Not des einen ist das Elend des anderen. Wenn man auch getrennt noch einen Nahrungserwerb zwischen den Arbeiterparteien abgelehnt hat, in der Masse lebt der Wille, und die Notwendigkeit schmeißt das Gesicht.

Das Interesse eines geordneten Staates ist mit den Interessen der Mehrheit seiner Bewohner immer identisch. Das deutsche Volk ist in sich selbst die beste Garantie für die Wahrung der Staatsinteressen. Eugenberg als der Vertreter der Schwerindustrie wird niemals als der Vertreter der Arbeiterinteressen betrachtet werden. Die Interessen des Kleinrentiers werden die Ditteln im Interesse des Großgrundbesitzes geschädigt, aber niemals geschädigt.

Das erwirtschaftete Volk in Stadt und Land hat am 5. März noch einmal die Gelegenheit, sich sein Gesicht selber in die Hand zu nehmen und durch ein überwältigendes Votum für Demokratie, um Selbstbestimmungsrecht des Volkes den Dröhungen ein Ende zu bereiten, die davon sprechen, daß es das letztmal sein soll, daß Deutschland gelehrt habe. Volk, schüßte dein Recht! Das ist die Parole, unter der wir kämpfen und stehen! Zusammenstehen in Not und Gefahr! Einer für Alle, Alle für Einen! Freiheit! (Stürmischer Beifall.)

In maßgeblicher Weise läßt sich die vieltausendköpfige Menge nach dem Beispiel von Otto Weis auf. Das große Ereignis der gewaltigen Demonstration wird unerreicht bleiben.

# Wo bleibt die rettende Tat?!

Stimmung! Stimmung!

Immer noch harren wir auf den Beginn jener großen Taten, die uns von Hitler, Friedl, Goebbels und der Nazipresse jahrelang als die leuchtenden Zeichen des Dritten Reiches verblendet und hundertaufendmal verprochen worden sind. 'Gott Hitler die Macht und in 48 Stunden wird sich alles wenden.' Die 48 Stunden sind längst vorüber, gemeldet hat sich dieses. Es sind viele neue Serren zu Aemtern, Posten und Wür-

## Nazischläger an Friedl

Sie beschweren sich auch noch

Die Ulmer Nationalsozialisten haben an den Reichsanwalt ein Telegramm geschickt, in dem sie behaupten, die Nationalsozialisten seien am Sonntag von Demonstranten der Eisernen Front angegriffen und von der Polizei 'niedergerappelt' worden.

Tatsache ist dagegen, daß die Nationalsozialisten an verschiedenen Stellen in den Zug eingedrungen sind, der Arbeiterjugend viele Tausend gefolgt, sie zerstreut und beschmutzt haben und in das Zollmüschel der Sportler eingedrungen sind. Daß sich die Polizei gegen derartige offenkundige Verhölle, eine allgemeine Schlägerei zu provozieren, wendet, war nur ihre Pflicht, deren Erfüllung durch die maßlose Disziplin der Eisernen Front erleichtert worden ist.

den bekommen, aber wo ist auch nur die geringste Hilfe und Wohltat für die Mißbilligen und Beladenen?

Gewiß, wir haben nie geglaubt und immer gemehrt der Kunst und zu Propagandagewalten genährten Mühsal, die Arbeitslosigkeit ferner nach Recht befehligt und mit einem Sanfterschlag aus einer kapitalistischen Wirtschaft ein solches Paradies geschaffen werden. Nur die Dummheit konnte es für bare Münze nehmen.

Aber wo ist wenigstens der Spatenstich zu diesen Paradiesen, wo ist wenigstens der Beginn eines Versuches den Hunger zu stillen, die Arbeitslosigkeit zu mindern, den Frierenden eine warme Stube, dem Durstenden Wasser und nur eine Hoffnung zu geben auf bessere, schönere Zeiten?

Jetzt, wo die Nationalsozialisten in der Umklammerung liegen, scheint es, als sei für sie alles nicht mehr so wichtig, als habe die Welt ein ganz anderes Ansehen; als würde angeblich etwas gefahren vorbrannt und verbrannt, was gefahren angeblich wurde. Da ist beispielsweise der 'Rundfunk'! Welche ein Leben und Schicksal hat der Nazipresse über die 'Vergewaltigung' des Rundfunks und der Hörer, weil Brüning oder Papen eine Regierungserklärung durchgeschlagen. Und was steht uns für den kommenden Freitag bevor?

Daß Hitler nicht als Reichskanzler, sondern als Parteiführer ein Ministerium führen wird, was zweifellos nationalsozialistische Propaganda.

Vorher wird der 'Reichspropagandaleiter' Goebbels eine halbe Stunde lang Stimmungsbilder aus dieser Berliner Nazikundgebung allen deutschen Hörern übermitteln. Ob es die allen Parteien angehenden und zohlernden Hörer wünschen oder nicht, die neuen Serren fließen in der Nacht. Sie ordnen an! Zum erstenmal war es von Papen, der den Rundfunk den politischen Interessen der Rechtsparteien freigab.

Unterdessen warten die Arbeitslosen, die Kriegsbeschädigten und Rentner, denen die erste Papen-Verordnung die farge Unterstutzung gekürzt hat, vergeblich auf die Auszahlung der Notunterstutzung der 'Jensen-Card'. Sie sind Arbeit und Brot offeriert man ihnen Jauchzige, Staatsgeschäfte und Stimmungsbilder des Herrn Goebbels.

Als ob davon ein Mensch sich würde. Stimmung, Stimmung, heißt die große Parole. Stimmung ist Arbeit und Brot. Das offenbart auch der am Dienstag herausgegebene Ertrag des kommunistischen Innenministers für Preußen, Göring, an die ihm 'unterstellten' preussischen Beamten. Sei, wie das klingt: 'außerordentliches Beamtentum, wieder hört der Gaubetrieb, Sparmaßnahme und hingebenden Pflanzenerfüllung, um alles das, 'auszurotten', was 14 Jahre lang nichts mit Volkstum, echter Vaterlandsliebe und Aufopferung für Gesamtheit der Nation gemeint hatte'.

Worte, nichts als Worte. Was sie mit den geschicklichen Tadeln von 1914 bis zum Untergang der neuen Herren zu tun haben, das ist am besten nachzulesen in der Rede, die der Reichsminister Duesterberg am Sonntag in Berlin gegen die 'außerordentlichen' jungen Leute gehalten hat, die 1914 noch in den Wäldern lagen und sich heute herausnehmen, Hunderttausende von Nazis und Zentrumselementen als Vaterlandsverräter zu beschimpfen.

Wir glauben im Übrigen, daß die preussischen Beamten, selbst jener 'gesund gebliebenen' und Herrn Göring sehr gefällige Kern, die erste öffentliche Umstimmung ihres neuen Vorgehens anders vorgefellt haben. Wie wir so haben auch sie sicher erwartet, daß mit den neuen Männern endlich die Aufhebung aller Gehaltsfestelegungen verhängt oder wenigstens für die nächste Zeit in Aussicht gestellt wird. Aber auch auf dieser Prognose, die jahrelang im Sande verblasen wurde, stehen ihre Propagandisten nicht.

## Preußens Klage

Die Forderungen beim Staatsgerichtshof

Die Klageschrift des preussischen Staatsministeriums gegen die Preußen-Verordnung des Reichspräsidenten, die am Dienstag in Leipzig eingetroffen ist, gibt, in der Forderung, der Staatsgerichtshof müge feststellen, daß die neue Preußenverordnung aufzuheben sei, weil sie wider mit der Reichsverfassung in Einklang stehe noch mit dem Staatsgerichtshofsurteil vom 25. Oktober.

In der Begründung dieses Antrags heißt es: Die in der Reichsverordnung behauptete Pflichtverletzung Preußens, die das Staatsleben gefährde, bestehe nicht. Preußen habe sich vielmehr auf den Boden der Staatsgerichtshofentscheidung gestellt und verschiedene Male öffentlich mit aller Deutlichkeit die Auffassung verkündet, ganz unbeeinträchtigt der Ansicht der preussischen Regierung, daß auch das erste Staatsgerichtshofsurteil Preußen nicht in allen Punkten gerecht geworden sei.

Die Regierung Braun habe sich bemüht, eine friedliche Verständigung zu erzielen und dabei äußerste Geduld und Zurückhaltung gegenüber dem Reich gezeigt, so weit, daß die Regierung Braun häufig in der Öffentlichkeit wegen ihrer zurückhaltenden Haltung nicht verstanden, sondern angegriffen worden sei.

Wenn das Reich jetzt behauptet, Preußen habe durch das Verlangen, der Staatsregierung und Beamten zur Verfügung zu stellen, die zur Durchführung der Reichsverordnung notwendig sei, sich in das Staatsleben gedrückt, so sei das zurückzuweisen. Nicht nur das Staatsgerichtshofsurteil selbst, sondern auch der Ertrag des Reichspräsidenten vom 18. November über die Gesamtstellung stelle ausdrücklich als Recht der preussischen Staatsregierung fest, daß sie die erforderlichen Anträge und Beamten anfordern müsse, die zur Durchführung der nach dem Staatsgerichtshofsurteil der Regierung Braun zugewiesenen Pflichten erforderlich sind. Dabei sei die Regierung Braun noch sehr sparsam mit den Befugnissen umgegangen und man könne ihr unmöglich eine Pflichtverletzung aus der Ausführung des Staatsgerichtshofsurteils und der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November unterstellen wollen.

## Erklärung Severings

Keine Staatsgelder für Parteipresse

Genosse Severing, den die Nazis im Landtag als preussischen Innenminister durch mehrere Sitzungsansprachen an der Spitze einer Erklärung verhandelt, hat diese Erklärung der Presse übergeben. Sie lautet:

„Die Ende Juli 1932 von dem stellvertretenden Reichstagsminister Dr. Braut getroffenen angelegten Feststellungen über die Verwendung von öffentlichen Geldern für Parteipresse sind unrichtig. Auch die Aufzeichnung des Herrn Nobis ist objektiv unrichtig. Er hat den Zusammenhang selbst nicht gekannt und vollständig mißverstanden. Das verleierte Protokoll ist in Folge der unrichtigen Angaben in der gleichung unrichtig, wie bereits schon am 5. August 1932 dem Staatsgerichtshof unterbreitet. Darauf hat die preussische Staatsregierung fünf Tage später in ihrem Schriftsatz geantwortet. Sie hat dabei besonders festgelegt, daß Gelder für Partei-

zwecke aus Staatsmitteln nicht zur Verfügung gestellt worden sind und daß alle Schüsse dieser Art auf Verum, Unkenntnis oder Unwissenheit beruhen. Sie hat schon in anderen Zeiten den Kampf zu führen gekonnt mit ihren ureigenen Mitteln und wird ihn führen in der Art, wie sie es für richtig hält: Disziplin und Geschlossenheit. Das ist es, was die Eisernen Front in ihrem Kampf für die Freiheit zusammenhält.

## Der Reichsrat zerstört

Die Haltung Bayerns zur neuen Reichsexekution

München, 7. Februar. Die bayerische Regierung ist der Auffassung, daß durch die Übernahme der Preußenregierung in die Gewalt des Reiches die Länder ihres verfassungsmäßigen Vertretungsorgans in der Reichspolizei beraubt sind. Der Reichsrat sei durch den Eingriff des Reichspräsidenten in seinem Sinn und Zweck vollkommen zerstört. Als Abwehr bestehe den in Mitteldeutsche gegangenen Ländern jenseitig nur das ein Rechtsmittel, sich mit einer Klage an den Staatsgerichtshof zu wenden. Bayern habe aber keine Neigung, diesen Weg zu beschreiten.

Die bayerische Volkspartei-Antwortpendenz führt die offizielle Mitteilung folgende Begründung hinzu: „Man hat die trübe Erfahrung gemacht, daß beim Obersten Gerichtshof des Reiches die Kraft für eine unabhängige Rechtsprechung in solchen von der Politik berührten Verfassungsfragen gebrochen ist. Damit ist ein schwerer Vorwurf gegen die Reichsexekution ausgesprochen, die durch ihre Maßnahmen in Preußen immer wieder die Rechte verletzen kann. Es ist heute somit gekommen, daß es besser ist, den Staatsgerichtshof überhaupt nicht mehr in Verlegenheit zu bringen. Verzicht also die Länder auf die ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel, so werden sie sich darauf befinden müssen, ihre politischen Rechte um so härter und entscheidender zum Einfluß bringen. Die bayerische Staatsregierung ist auf jeden Fall nicht gewillt, sich mit der geschaffenen Lage abzufinden.“

## Opfer der Nazi-Mordhehe

Duisburg, 7. Februar.

Im Verlauf der getrigen Duisburger Zusammenkunft, die sich bei dem Begräbnis eines nationalsozialistischen Abgeordneten ereignete, wurden von den nationalsozialistischen Abgeordneten mehrere Tote zum Teil schwer verletzt. Eine Person wurde getötet. Der Naziführer hat in Duisburg innerhalb einer Woche das dritte Beispiel gegeben. In der Nacht zum Dienstag wurde der kommunalpolitische Schloßer Leuschel und sein Begleiter von SA-Leuten ohne jeden Grund niedergeschossen. Leuschel war sofort tot. Der zweite Arbeiter ist schwer verwundet.

## Autofatastrophe

Am Dienstagmittag stieß ein Straßenfahrzeug in Berlin-Wilmersdorf ein Auto einer Filmgesellschaft mit einem Kraftwagen der Reichspost zusammen. Das Filmauto wurde von dem schweren Kraftwagen überrollt und zerstört. Zwei Insassen - die Schauspielere Cula Mich, der Schauspieler Wolfgang Liebenow, der Produktionsleiter Fred Cylis und der Hauptassistenten-Obmann - wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Wolfgang Liebenow sollte am Dienstagabend in der Eröffnung der 'Phyloge auf Lauris' im Deutschen Theater spielen.

## Hochwasser

Die Ober- und ihre Nebenflüsse folgten Logo der Schneeschmelze und des Dauerregens der letzten Tage in gefährlichem Maße. Starker Eissgang schafft die Möglichkeit zu verhängnisvollen Ueberflimmungen. Wasserämter und Feuerwehren sind in reger Alwehrbereitgkeit. Wiederholt fanden Eisbergungen statt.

Zwei Sachfen fürcht Wasserlo. Der Wasserführer des Eis im nachteilig 24 Stunden über zwei Meter gestiegen. Bei Bauzug wurde von der wild dahinstürmenden Spree eine Brücke weggerissen. Wasserpost kann nirgends mehr getrieben werden.

## 250.000 Dollar gestohlen

Einem Kaufmann in Philadelphia (USA) wurden Aktien und Bonds im Wert von 250.000 Dollar gestohlen. Um die Veräußerung der Papiere zu verhindern, wurden ihre Nummern und Kennzeichen an sämtliche Börsen, Banken und Maklern der Staaten gesandt.

## Rittwilt stellt sich

Der seit längerer Zeit von der Staatsanwaltschaft geführte Berliner Affessor Dr. Rittwilt, einer der hauptsächlichsten in der großen Auflockerungsaffäre des künftigen Galghausbesizers Erban, hat sich am Dienstag dem Berliner Untersuchungsrichter gestellt. Rittwilt ließ jedoch erst zu einer Vernehmung herbei, nachdem ihm vorher von Untersuchungsrichter freies Geleit für die Dauer der Vernehmung und für je zwei Stunden vorher und nachher zugesagt worden. Daß es dem beklagten Affessor bisher gelungen ist, sich der Feindschaft zu entziehen, wird auf seine guten Verbindungen mit der Berliner Unterwelt zurückgeführt.

## 60 Grippefälle in Frankfurt a. M.

Die Todesfälle an Grippe in Frankfurt am Main haben die Zahl 60 überschritten. Am Dienstag sind 15 Personen an Grippe gestorben.

## GA.-Fememord!?

Zu Kreisen der Hamburger SA verläut, daß der am Montagabend auf der Toilette eines SA-Zentralen aufgefundenen SA-Mann einen Namen, der dem Namen Cyber gefällig sein soll. Die Patronymie, aus der die übliche Regel kamme, wurde vor der Tür der Toilette des SA-Zentralen, in dem ausschließlich Nationalsozialisten verkehren, aufgefunden.

## Wo ruft die Pflicht?

**SPD., Ortsverein Halle**  
 Alle Ortsbezirksführer und Bezirksstapelführer treffen sich am Donnerstag, den 9. Februar, 19 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 1a. Niemand darf fehlen.  
 Das Sekretariat.

## SPD., Erwerbslose

Die Erwerbslosengemeinschaft der SPD. hat am Donnerstag, den 9. Februar, 16 Uhr, im Gewerkschaftshaus eine außerordentlich wichtige Sitzung. Tagesordnung wird erwartet. Mitgliedschaft ist vorzuziehen.  
 2. Ortsbez. Freitag, den 10. Februar, abends 8 Uhr, im Restaurant Müller. Mitgliedsversammlung. Es ist Pflicht aller Mitglieder, persönlich zu erscheinen.

## Reichsbanner, Ortsverein Halle

Alarm! Daher alles in die moegste Ortsjahrstafelung!  
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Siehe heutigen Anzeigenteil.

## Sakentreuze raus —

Es ist nicht mehr gefährlich, sie zu tragen.  
 Die Nationalsozialisten müssen sich in den letzten Tagen mit ihrem Vortritt endlich erschreckt haben. Sie stoß und tapfer die Anhänger Hitlers mit einemmal wieder ihre Absichten trugen, die sie vorher, als die „Dritte Reich“ so lange ausübte, gar nicht tief genug in den Taschen verpacken konnten. Alle diese mutigen Soldaten feierten jetzt ihren Sieg.  
 Da kann sich auch die halbschöne Nazi-Setzung nicht ausfinden. Als die Konjunktur für die braunen Diktatoren immer schlechter wurde, legte das Nazi-Regime den kriegsreifen Namen „Kampf“ ab. Statt nahm es den neutralen Titel „Nationalsozialistische Nationalsozialisten“ an, um auf alle Fälle wenigstens als harmlose Bürgerkriegler ein notdürftiges Dasein fristen zu können. Aber mit der neuen Welle der Tapferkeit im nationalen Deutschland hat man den Kopf des Staates fest mit dem Sakentreuze versehen.  
 Nur ist doch eine wunderbare Eigenschaft!

## Ein Rautionsschwindler geflüchtet

Angestellte und Familie in bitterer Not zurückschicken.  
 Seit dem gestrigen Tage ist der Kaufmann Ernst Freyberg, Vertreter für Schweißmaschinen und Bürobedarf, sowie Inhaber eines Vertriebsbüros in der Steinstraße, aus Halle verschwunden. Der Grund seines Verschwindens kann nicht festgestellt werden, da er wegen Verzug eines einzigen Briefes mit seiner Familie zu entziehen sucht.  
 Wir erfahren über diesen Fall noch nachstehende Einzelheiten: Freyberg, der außer dem Büro in der Steinstraße auch noch fünfzehn in Bitterfeld und Leipzig unterhalten soll, hat seinen 3 bis 4 Angestellten, die er beschäftigt, Rationen von je durchschnittlich 100 RM abgefordert und auch erhalten. Als Sicherheit hat er jedem einzelnen die Vertriebsbürosmaschinen verpfändet, die aber nicht sein Eigentum waren, da er sie noch nicht bezahlt hatte. Trotz dem der Geschäftsgang gar nicht so schlecht gewesen sein soll, blieb er seinen Angestellten seit November des vorigen Jahres schon die Gehälter schuldig und zahlte ihnen nur geringe Teilerlöse, obwohl die Gehälter nur 120 RM monatlich betragen. Als die Angestellten schließlich mißtraulich wurden und ihr Geld zurückverlangten, hielt er sie mit allerlei Ausreden hin. Schließlich stand aber dem 13. Februar die Exzision gebieten vor, für den 13. Februar die Exzision in Aussicht. Als er dann noch erfuhr, daß einer der Angestellten Anzeige gegen ihn erstattet hatte und die Kriminalpolizei sich für ihn interessierte, hielt er es für geraten, zu fliehen. Wohin er sich begeben hat, ist nicht bekannt. Seine Familie lieh er in bitterer Not sitzen, und auch die Angestellten werden ihrem Geld nachtrauern können.  
 Es muß immer wieder dringend davor gewarnt werden, leichtsinnig auf Rationensforderungen einzugehen.

Arbeiterdienstjahre zählen nicht für Angestelltengehälter. Das Reichsarbeitsgericht hat entschieden, daß wenn ein Tarifvertrag bestimmt, daß Angestellten nach zehn Arbeiterdienstjahren nur aus wichtigem Grunde gekündigt werden kann, für die Bestimmung des Beginns der Arbeiterdienstjahre Arbeiterdienstjahre nicht mitzuzählen sind, selbst dann nicht, wenn sie für die Bestimmung der Höhe des Gehältes von Bedeutung sind.

# Arbeitslosigkeit und Schulkind

## Eine ärztliche Untersuchung aus der Stadt Halle

Schon längst haben einsichtige Ärzte und Sozialhygieniker festgestellt, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur eine volkswirtschaftliche, sondern auch eine volksgesundheitliche Gefahrquelle von noch nicht abzuschätzender Bedeutung bildet. Der Verfasser dieser Zeilen hat zum erstenmal im Januar 1931 eine umfangreiche Denkschrift zusammengestellt: „Arbeitslosigkeit — ein Problem der Volksgesundheit“, die an die damalige Reichsregierung, die Länderregierungen, die Reichstags- und Landtagsabgeordneten und an die Gesundheitsbehörden gelangt wurde und die in ihrem zweiten Teil die Urteile bekannter deutscher Ärzte, Sozialhygieniker, Kliniker usw. über

### die Einwirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Volksgesundheit

enthält. Die Mehrheit der befragten Wissenschaftler vertrat darin den Standpunkt, daß die Arbeitslosigkeit einen schweren Rückschlag in der Volksgesundheit zur Folge hat. Die Krankheitsanfälligkeit wird durch die schlechte Ernährung der Arbeitslosen, durch die unzureichenden Wohnungen und die mangelhafte Bekleidung vergrößert. Gewisse Krankheiten, die nur durch entsprechende Ernährung bekämpft werden können, wie z. B. die Tuberkulose, werden durch die Arbeitslosigkeit gefördert. Eine besondere Gefahr bedeutet die Arbeitslosigkeit für die Kinder. Unterernährung, Mangel an Vitaminen, Schwächung der Abwehrkräfte können bei den Kindern zu. Dazu kommen noch die schweren seelischen Einwirkungen auf die Arbeitslosen. Nervosität, Gereiztheit, Gleichgültigkeit gegenüber dem Wohle der Familie, Alkoholismus usw. sind die Hauptmerkmale der Verzweiflungserkrankung und steigern sich oft zu schweren geistigen Erkrankungen. Besonders deutlich tritt

### der ungünstige seelische Einfluß bei den Kindern

auf. Die Lehrer beklagen sich oft über Unaufmerksamkeit, Nervosität, Jähzucht und über mangelnde geistige Auffassungsfähigkeit der Kinder. Die Jähzucht ist ohne Grund, ist übermäßig und durch Unterernährung hervorgerufen, in die Schule kommen. Man kann ohne Übertreibung heute feststellen:

### Arbeitslosigkeit ist eine Krankheit.

Fast jeder Arbeitslose, ob Mann oder Frau, ist irgendwie krank, je es körperlich oder seelisch. Seit wir unsere Denkschrift veröffentlichten, haben sich Ärzte in verschiedenster Weise der Untersuchung der gesundheitlichen Folgen der Arbeitslosigkeit angenommen. Besonders gründliche Erkenntnisse stammen von Hamburger Ernährungsphysiologen Prof. von Tzipka, der die Einwirkungen der für die Arbeitslosen typischen schlechten Ernährung auf das seelische und körperliche Befinden untersucht und dabei zu sehr wertvollen Ergebnissen gekommen ist. Nur der anderen Seite gibt es allerdings Ärzte, die diese Wirkungen noch immer unterschätzen, ja sogar solche, die von „günstigen Wirkungen“ der Arbeitslosigkeit auf die Gesundheit (?) sprechen wollen. Durch solche „wissenschaftlichen“ Behauptungen wird nur eines erreicht: das Gewissen der Regierenden gegen die Not abzustumpfen und sie in ihrer antisozialen Regierungsweise zu befähigen. Dazu sollte sich aber ein Arzt, der Führer der Volksgesundheit sein will, nicht hergeben.

Ein bemerkenswerter Beitrag zu der Frage, wie die Arbeitslosigkeit auf die Gesundheit der Kinder einwirkt, erschien dieser Tage in der „Arbeitslosen Zeitschrift“ aus der Feder des Stadtschreibers Dr. Otto Schneider (Halle). Die Arbeit stammt aus dem Stadtgesundheitsamt Halle, dessen Leiter Stadtmagistrat Dr. Schnell, ebenso wie Stadtrat Schneider sich schon des öfteren mit diesem Problem befaßt haben. In seiner Untersuchung geht Dr. Schneider davon aus, daß

### mit Einsetzen der allgemeinen Wirtschaftskrise die Stadt Halle sich besonders hart durch die Arbeitslosigkeit ereignet wurde.

Deshalb kann man dort besondere Erfahrungen über die gesundheitliche Bedeutung der Arbeitslosigkeit gewinnen. Nun sind gerade die sozialschwachen Kinder ein Bevölkerungssteck, der sozialhygienisch zuverläßig und einwandfrei erfaßt werden kann. Man hat in Halle die Wohnverhältnisse der Schulkinder untersucht und nachgeprüft,

### wieviel Kinder kein eigenes Bett für sich allein haben.

Dabei hat man erschlauernde Zahlen gefunden, Zahlen, die bei den Knaben zwischen 24,4 und 61,1 Prozent, bei den Mädchen zwischen 24,8 und 62,6 Prozent schwanken! Bis 61,1 bzw. 62,6 Prozent der Kinder. (1)

Die Wohnungsüberfüllung wird namentlich durch Kindererkrankungen verursacht; der größte Schaden ist der Bettmangel und auch der Mangel an Federbetten und Bettwäsche ist sehr groß. Es kommt vor, daß Familien wegen Vorhandenseins nur eines einzigen Federbettes sämtlich in einem Bett unterliegen.

### Schneider stellt fest, daß diese Wohnungsnot durch die Arbeitslosigkeit zugenommen

hat und noch besonders stark in Juni und Juli 1931. In einem Komplex von 1300 Kleinwohnungen schweben 250 Exzisionsklagen. Schneider hebt die auch anderwärts zutage tretende paradoxe Tatsache hervor, daß trotz leerstehender Wohnungen ein empfindlicher Wohnungsmangel herrscht, weil das Angebot an billigen Kleinwohnungen fehlt. „Man muß“, schreibt Schneider weiter, „diese Entwicklung mit größter Sorge betrachten, wenn man bedenkt, welche Bedeutung die Wohnungsfrage und im Zusammenhang damit die Wohn- und Schlafens- und insbesondere der Schlaf selbst, für die geistige und körperliche Entwicklung eines Kindes hat und wieviel Störungen und Unannehmlichkeiten nach den verschiedensten Richtungen ein Zusammenstoßen von Kindern mit sich bringt.“

Neben der Wohnungsfrage ist die Ernährungsfrage die wichtigste gesundheitliche Gefahrquelle für die Arbeitslosen. Wenn man die Kinder nach ihrer körperlichen Konstitution und Ernährung gruppiert, so kommt man in Halle zur Feststellung, daß

### seit 1929 die Kinder der Körperlich schlechtesten Gruppen bei den Knaben um 5,8 Prozent, bei den Mädchen um 4,2 Prozent zugenommen

haben, während die Gruppe der in gutem äußeren Körperzustand befindlichen Kinder bei den Knaben um 14,6 Prozent, bei den Mädchen um 15,6 Prozent abgenommen hat. Es bestand also im Winter 1931 die Tatsache einer seit zwei Jahren fortwährenden Abwanderung der in gutem Allgemeinzustand befindlichen Kinder in schlechtere Gruppen. Dabei kann aber, so hebt Schneider hervor, von einer erheblichen Verschlechterung des Ernährungszustandes noch nicht gesprochen werden.

Man hat nun die Kinder der Arbeitslosen untersucht und dabei gefunden, daß ihre Körperverfassung schlechter ist als die der anderen Kinder; noch deutlicher zeigt sich dies bei den Kindern der Volksschulerechtskreise. Schneider behauptet aber

gleichzeitig, daß diese Verschlechterungen nicht so groß sind, wie man dies nach der Höhe der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftslage erwarten können. (Dies hängt u. a. damit zusammen, daß die Eltern im Interesse der Kinder die größten Entschärfungen auf sich nehmen und sich den größten Bissen Brot vom Munde abschneiden, um ihn den Kindern zu geben. Diese Selbstaufopferung der Eltern, die lieber selbst hungern, ist der Grund dafür, daß die Gesundheitskräfte der Kinder nicht nur katastrophal sind. (Anm. Dr. M.)

Während Schneider bei den wichtigsten Infektionskrankheiten und bei der Tuberkulose keine Zunahme erkennt, stellt er bei den Haut- und Schmutzkrankheiten eine deutliche Zunahme fest. Die seelischen und nervösen Einwirkungen der Wirtschaftskrise auf das Schicksal seien zweifellos schwerwiegend, statistisch aber nicht erforscht. Besonders interessant ist folgende Beobachtung: Im Kindesalter spielt die Arbeitslosigkeit eine Rolle, man spielt Erwerbslosler, Arbeitsamt, Sprechstunden usw. Es präge sich so viel unangünstiges dem kindlichen Gemüt ein, daß man ernstlich befürchten müsse, daß diese frühen Kindheitsereignisse später ein dauerndes Entwicklungsdefizit bilden könnten.

Diese Feststellungen aus Halle sind in jeder Beziehung auffällig. Sie zeigen deutlich, welche ungeheuren Gefahren für die Jugend die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, und sie sind auch ein Appell an die Regierungen und die Kommunen, nicht etwa die Gesundheitsfürsorge durch falsch verstandene Sparmaßnahmen abzuschnürren und hinfällig zu machen.

Schneider selbst resümiert: „Zum Ausgleich der jetzigen Wohnungsnot ist jedenfalls die Beschaffung von Wohnungen, der Gesundheitsfürsorge zum Vermeidung schwererer und teurerer Schäden notwendig. Auch die Zunahme der Haut- und Schmutzkrankheiten ist ein Warnungssignal, insbesondere bei der Einschränkung von Betriebsräumen, Schulhöfen und Schwimmbädern äußerst vorfristig zu sein.“

„Durch Einparungen, die man, durch die finanzielle Notwendigkeit gezwungen, hier machen zu können glaubt, kann man sehr leicht die Seiten für die Behandlung derartiger Schäden unzureichend freigeben, ganz abgesehen von den Unkosten für eventuelle Folgekrankheiten und Entwicklungsstörungen.“

Es ist ersichtlich, daß die halbschöne seelische Gesundheitsbehörde die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Volksgesundheit systematisch untersucht. Das müßte überall im Reich geschehen und dann erst könnte wir uns ein richtiges Bild machen von den gesundheitlichen Verberungen, die die Arbeitslosigkeit am Volksschicksal anrichtet. Es ist der Zusammenfassung aller solcher Berichte könnte sich der wahre gesundheitserhebende Charakter der Arbeitslosigkeit herausstellen!

Dr. Julius Rosen.

## Nazi als Wegelagerer

### „Deutscher Mut“ will sich austoben

Die Angehörigen der jüngsten Regierungspartei betreiben seit einigen Tagen wieder mit Eifer und noch mehr Aufdringlichkeit das Geschäft des Gewaltnehmens. Wären sie nur das tun, könnte es noch hingehen. So aber verursachen die SA-Männer an den verschiedensten Straßenenden immer wieder Zwischenfälle. Ein regelrechter SA-Hinterhalt ist beim Café Schmauch eingerichtet worden. Der dort vom Lokal stehende Polizeikommissar provokiert vorbeikommende gewaltlose Gegner. Wenn sich diese dann zur Wehr setzen, kommt sofort eine im Café postierte SA-Schülerkolonne heraus und fällt über die Angegriffenen her. Ein solcher Vorkall ereignete sich am Dienstag. Ein des Weges kommender Jungmann wurde von dem beschriebenen SA-Mann in frecher Weise erfaßt, sein Abzeichen weggenommen. Als der Reichsbannerkamerad sich das verbat, kamen die Deutschen aus dem Lokal herausgestürzt und es gab eine Schlägerei, in die auch Angehörige der „Schwarzen Front“ Otto Strohrs einbezogen wurden. Auch sie wurden von den häßlichen Nazis überfallen.

Auf an anderen Stellen der Stadt machten sich SA-Leute — das heißt nur wenn sie in freier Übermacht waren, sehr häufig. Am Freitag und Samstag überfiel gestern abend zwischen 19 und 20 Uhr ein Trupp von etwa 16 Nazis zwei

Reichsbannerleute und schlug sie. Dann türmte die Heiden. Einer aber konnte später feststellen werden.

Gegen 21 Uhr wurden am Riebedplatz einige Reichsbannerleute und Mitglieder der SA von Nazis angegriffen und zum Teil geschlagen. Es wird darüber Klage geführt, daß die in der Nähe befindliche Polizei nicht passiv verhielt. In der Oststraße bedrohte ein SA-Mann zwei junge Leute mit einer Pistole. Die Bedrohten waren jedoch genug, dem Schrei zu bringen, wo ihm das Schießgeschosse abgenommen wurde.

Ein anderer Vorkall ließ den besondern „Mut“ bewundern, den SA-Leute bei ihren Aktionen bekunden. Am gestrigen Nachmittag über den Riebedplatz ein städtischer Knabe, der sich ein feines Haar geschoren Dreifach-Abzeichen an seinen Mantel angeheftet hatte. Ein SA-Mann, der das sah, stürzte sich auf den Knaben, rief ihm die SA-Beize in das Ohr und verdammt mit seiner Wute in Richtung Braunes Haus. Der Vater, dem sein Sohn das Erlebnis mitteilte, bog sich später ins Braunes Haus und verlangte Herausgabe des Abzeichens. Die Braunen verhielten sich aber den Gesetzen nach, indem sie ihm ein Sakentreuzeabzeichen als Ersatz anboten. Selbstverständlich darf der Herr Vater die Güterdaten das Ding vor die Straße









